

## **Rede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herr Gerry Kley, zur Verabschiedung der Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie des Beteiligungsberichts über das Jahr 2009 der Stadt Halle (Saale)**

---

Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Haushaltsaufstellung scheint ja in unserer Stadt Halle zunehmend eine lustlose Angelegenheit zu werden.

Wir erinnern uns an die Einbringung des Haushaltes hier in diesen Rat, den die Oberbürgermeisterin mit dem Abriss eines Kalenderblattes letztendlich begleitete. Und wenn man sich den Haushalt anschaut, der von vornherein nicht genehmigungsfähig war und die Anforderung bestand, das, was 2.500 hauptamtliche Mitarbeiter der Verwaltung nicht zu lösen im Stande waren, durch die 56 Ehrenamtler hier in diesem Raume lösen zu lassen, dann muss man sich natürlich die Frage stellen, ob nicht eine erhöhte Anzahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern der Stadtverwaltung vielleicht insgesamt das Haushaltsergebnis verbessern könnten.

Und da meine ich natürlich nicht nur die Anmerkung von Herrn Dr. Meerheim, der darauf verwies, dass das Personalkonzept mit Sicherheit einer Anpassung bedarf, das viele Bereiche hier noch von einer Stadt mit 300.000 Einwohnern ausgehen und eben nicht eine Stadt vorsehen, die sich der 200.000 Einwohnergrenze nähert.

Wir brauchen nur in den Bereich des Bauordnungsamtes zu schauen, wo die Anzahl der Genehmigungsverfahren vielleicht noch bei 10 % dessen liegt, was mal gelöst wurde, ohne das jetzt merkliche Einschränkungen im Personalbestand passierten. Die Folge ist, dass Investoren in dieser Stadt umfänglichst geprüft werden - um das freundlich auszudrücken - und dementsprechend natürlich dann die Investitionen hier an uns vorbei gehen.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist natürlich nur billig, wenn die SPD-Fraktion sagt, das Land wäre schuld, wenn darauf verwiesen wird, dass der SPD-Finanzminister der Kommune zu wenig Geld gibt und der damalige SPD-Innenminister der Stadt nicht genehmigt, dass sie sich unendlich verschuldet. Aber es ist nicht die Lösung.

Wenn wir uns anschauen, dass die Stadt Magdeburg ein Einnahmeplus in der Gewerbesteuer von ungefähr 35 Mio. € hat gegenüber der Stadt Halle, mit einer ähnlich kommunalen Struktur, dann hätte man da schon eine kleine Lösung gefunden für die Finanzprobleme.

Wenn ich natürlich, wie gesagt, den Investoren im Bauordnungsamt alles dreimal hin und her schicke und sage investiert doch lieber woanders oder wenn wir Initiativen in unserer Stadt haben, die bei jeglicher industriellen Investition erst einmal vor den Gefahren warnen und gehört haben, dass das was dort erarbeitet wird eventuell gefährlich sein könnte, dann brauchen wir uns nicht wundern, dass die Gewerbesteuereinnahmen in dieser Kommune nur unmaßgeblich steigen.

Deshalb muss dann natürlich auch der Beigeordnete nach Queis fahren, um Industrieansiedlungen zu begrüßen, weil sich eben auf dem Gebiet der Stadt Halle nichts getan hat. Und wenn wir dann überlegen, eventuell die Gewerbesteuer noch zu erhöhen, dann wird es umso schwieriger hier Ansiedlungen vorzunehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und deshalb ist immer die Frage bei der Gesamtaufstellung des Haushaltes: Wo setzen wir die Schwerpunkte, wo setzen wir die Prioritäten? Und dazu ist nichts gesagt worden.

Wir haben uns in einem Haushalt verfangen im Klein-Klein. Im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, an Stellen vielfach, die sich ganz schnell wieder auflösen, weil dieser Haushalt in seiner schönen doppelischen Form sieht natürlich unendlich viele gemeinsame Deckungskreise vor, unendliche viele Sammelnachweise, d. h. ob sie jetzt in den einem Haus die Personalkosten kürzen oder die Briefmarken und im anderen nicht, ändert gar nichts. Das sind Sammelnachweise, da kann die Verwaltung immer noch nach Gutdünken die Kosten hin und her schieben.

Und an anderer Stelle, wie gesagt, gemeinsame Deckungskreise, auch da können sie innerhalb der einzelnen Dezernate kürzen, verschieben; das ändert nichts an dem was am Ende ausgegeben wird. Hier zählt am Ende die Gesamtsumme und da müssen wir feststellen, dass wir das Ziel deutlich verfehlt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hätte uns gefreut, wenn vieles von den Reden, die heute hier gehalten wurden, auch bei den Anträgen sich einmal widerspiegeln würden.

Ich erinnere an einen Antrag der FDP-Fraktion, dass zukünftig freie Stellen von der Verwaltung im Hauptausschuss begründet werden sollen, warum sie wieder besetzt werden müssen. Man könnte ja so vorsichtig anfangen mit Personalabbau. Das ist abgelehnt worden. Damit möchte man sich nicht befassen. Das ist zu viel Klein-Klein. Das kann die Verwaltung selber. Herr Dr. Meerheim, da hätten wir vielleicht auch schon das ein oder andere erreichen können an der Stelle.

Oder ich erinnere an unseren Antrag bei entsprechenden Beraterverträgen, vielleicht diese, bevor sie ausgeschrieben werden - aber sie werden ja nicht ausgeschrieben, sie sind ja alle unter 200.000 €, damit sie keiner Ausschreibung bedürfen - zu begründen, warum man die braucht, warum die 2.600 Damen und Herren der Stadtverwaltung das eben nicht können. Ist hier auch abgelehnt worden, weil die Stadtverwaltung kann das schon selber beurteilen.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, dann gehen sie hin die 100.000e € an dieser Stelle. Obwohl ich eine Verwaltung vorhalte, die die Aufgaben erfüllen müsste - eine Verwaltung, wie gesagt, noch fast ausgerichtet an 300.000 Einwohnern -, ziehe ich mir zusätzliches Fachwissen von außen heran. Es wäre konsequent zu sagen, ich nutze das nur noch oder nutze das Eigene. Aber beides verursacht Mehrkosten, die dann natürlich bei denen, die Nutznießer dieser Investitionen sein sollten wieder eingespart werden müssen. Das heißt, was ich beim Stadion mehr ausbebe, wird dann bei den Sportvereinen eingespart. Ob das im Sinne dieses „Hohen Hauses“ ist, das muss natürlich angezweifelt werden.

Und meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir auch im Einzelnen unsere Anträge hier wieder anschauen. Und wenn man stolz darauf ist, den Baumbestand der Stadt zu sichern, da muss man sich fragen, ist das wirklich dazu angetan, hier die Haushaltssituation zu verbessern oder für die Bürger mehr zu erreichen.

Und notwendig ist es auch, dass zukünftig von der Verwaltung bei Ausgaben in Bereichen, die pflichtig sind, noch einmal genau nachgeschaut werden muss, ob es in dieser Höhe notwendig ist.

Wir haben es ja immer wieder erlebt hier. Da stellt man plötzlich mitten in der Beratung fest, dass Gastschulbeiträge nicht entrichtet wurden, weil man hat darauf verzichtet, um die Schulen auszulasten. Ja ist es unsere Aufgabe Schulen auszulasten oder ist es unsere Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Kinder der Stadt Halle Schulen vorfinden?

An anderer Stelle war die Frage des Schülertransportes. Auch hier konnte keiner sagen, zahlen wir auch die Transportkosten für Schüler von außerhalb. Das wird irgendwann mal festgestellt.

Wir diskutieren im Moment über die Schließung einer Schule, die für 150.000 € zu ertüchtigen wäre und haben zwei weitere Förderschulen, die 2 Mio. € bzw. 4 Mio. € Sanierungsaufwand haben, die wir weiterhin unterhalten. Ist das sinnvoll? Hilft das unseren Kindern? Oder sind es irgendwelche anderen Ziele, die hier verfolgt werden? Das ist die Frage, die sich stellen muss.

Und, sehr geehrter Herr Dr. Meerheim, Sie haben vorhin gesagt, es ist zukünftig schwer möglich für die kommunalen Wohnungsunternehmen Abführungen zu tätigen an den kommunalen Haushalt.

Dann ist aber die andere Frage auch, ob der kommunale Haushalt beispielsweise bei den Kosten der Unterkunft sich nach den Anforderungen der städtischen Wohnungsunternehmen richten muss oder danach richten muss, ob die Menschen, die eine Wohnung brauchen, eine adäquate finden zu den jeweiligen Mietpreisen. Und das wird nicht untersucht.

Hier sind Forderungen in den Haushalt mit hineingebracht worden, die eigentlich nicht Aufgabe der Kommune sind und die sich hier an dieser Stelle nicht richtig widerspiegeln. Und wo es um Millionen geht, wo es nicht darum geht, 10.000 € oder 20.000 € zu sparen.

Und so sind wir einfach dazu gezwungen, denn das sind die beiden großen Posten, Personal- und Sozialausgaben, die zunehmend wachsen in den Kommunalhaushalten, hier nachzuschauen, ob das Einzelne jeweils notwendig ist und ob die Ziele auch erreicht werden.

Auch bei anderen freiwilligen Aufgaben, die für uns alle wichtig sind, ist es zuerst notwendig, ein Ziel zu definieren: Wo will ich hin, was soll erreicht werden? Und wenn ich nach 5 oder 10 Jahren dieses Ziel immer noch nicht erreicht habe, kann ich ja nicht sagen, wir machen mal weiter so, sondern dann muss ich die Frage stellen, lass ich es oder mache ich etwas anderes.

In dem Zusammenhang nur am Rande die Diskussion über die Marktsatzung - wir kommen ja noch dazu. Ist es jetzt gelungen, mehr Händler anzusiedeln, die Eigenerzeuger sind, weil gespart werden soll, ein ganz kleiner Bereich? Alle haben gesagt, es ist nicht gelungen, aber wir machen weiter, wir schauen mal. Wir geben Rabatte, auch wenn es nichts genutzt hat. Und es ist an vielen Stellen weiterhin so.

Oder unser Antrag zur Marktsatzung, dass die Händler im Voraus bezahlen sollen, damit uns nicht jedes Jahr 160.000 € verloren gehen. Das ist abgelehnt worden, weil unzumutbar. Haben Sie mal versucht einen Ausweis hier zu bestellen? Da zahlen Sie immer im Voraus. Das ist nicht unzumutbar. Aber bei den Markthändlern ging es nicht. Das heißt, wir verschenken mehr und mehr Geld.

Und wir haben heute noch einen Antrag im nicht öffentlichen Teil, wo es um Niederschlagung von Forderungen geht. Schauen Sie mal nach bei diesen Forderungen, da ist in die Insolvenzmasse kein Antrag der Stadt eingebracht worden, das Geld zu erhalten bzw. der Antrag ist ignoriert worden und es wurde keine Klage erhoben. Wir haben dort Geld verschenkt. Das passiert alles so en passant und niemand fragt nach wo es eigentlich hin ist. Aber dann debattieren wir, ob das Duschen in den Turnhallen nach wie vor noch irgendwo finanzierbar sein soll und Ähnliches.

Also die ganz großen Brocken, die werden hier abgelehnt mit einer stoischen Ruhe, mit einer Diskussionsfreiheit und da kann man wirklich im städtischen Haushalt auch was machen, damit wir wieder Freiheit haben auch selber etwas zu gestalten für unsere Stadt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass wir diesen Haushalt ablehnen. Es sind keine klaren Ziele zu verspüren. Er ist nicht rechtmäßig, das wissen wir alle. Wir bekommen ihn sowieso wieder.

Und wir erwarten einfach auch, dass zukünftig die Verwaltung einen Haushalt einbringt, der einigermaßen Recht und Gesetz entspricht, d. h. pünktlich und zum anderen auch die ganze Frage der Deckung ordnungsgemäß da ist.

Und es ist nicht unsere Aufgabe hier, einem schlechten Haushalt zuzustimmen mit der Behauptung nur dann könnten die Vereine Geld bekommen. Das ist einfach niedere Erpressung und das machen wir nicht mit an dieser Stelle.

Ich danke Ihnen!